

Leserbrief zu „Demo beendet Stadtratssitzung“ v. 16.03.2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur Richtigstellung einer den Tatsachen nicht entsprechenden Darstellung in genanntem Artikel bitte ich dringend um die Veröffentlichung des folgenden Leserbriefes:

Der Darstellung des Artikels, die Mahnwache hätte sich ordnungswidrig vom beantragten Ort wegbewegt, muss ich als Vertreter des Versammlungsleiters entschieden entgegentreten. Ich habe die Mahnwache – wie angemeldet – pünktlich gegen 18:30 mit deutlichen Worten ordnungsgemäß für beendet erklärt. Es war der spontane Wunsch der Versammelten, anschließend(!) zum Rathaus zu ziehen und dort ihren an die schwarz-gelbe Regierung gerichteten Forderungen dem Stadtparlament und seinem Oberhaupt gegenüber Ausdruck zu verleihen, in der Hoffnung, durch eine Resolution Unterstützung zu finden. Die Darstellungen „Mahnwache zieht zum Rathaus“ in der Überschrift und die Kritik des Oberbürgermeisters „... dass sich die Mahnwache nicht an den beantragten und genehmigten Ort in der Fußgängerzone gehalten habe“ entspricht nicht den Tatsachen.

Die einhellige Sprachregelung nach der sich nun ausweitenden Katastrophe in Japan war „nicht zur Tagesordnung übergehen“. Sie wurde in etlichen Reden im Bundestag, in Interviews und Talkrunden von vielen Politikern und prominenten Personen wiederholt. Für die Mehrheit des Stadtrates und den Oberbürgermeister galt dies anscheinend nicht. Ihr Bestreben war es, die auf der Tagesordnung stehende Sitzung auch nicht um eine halbe Stunde zu verschieben oder zu unterbrechen.

Eine bessere Steilvorlage als am Montagabend im Augenblick der Trauer, des Entsetzens und, ja, auch der Wut vor die Bürger zu treten und sich verständnisvoll darzustellen, kann ein OB gar nicht bekommen. Schade – verpatzt! Da wirkt das über die Presse nachgeschobene Verständnis nicht wirklich glaubwürdig. Zumal Augen- und Ohrenzeugen berichtet haben, mit welchen Worten er die Bitte abgelehnt haben soll, zu den DemonstrantInnen zu sprechen: „So habt ihr (!) die Demokratie kaputt gemacht!“ - mit einem Blick auf die Verhältnisse der ausgehenden Weimarer Republik. Diesen Vergleich mit den Faschistenbanden weise ich – auch als Kreisvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und Mitglied im Bündnis gegen Rechts - voller Empörung zurück. Eine Entschuldigung wäre m.E. angebracht.

Was erinnert hier mehr an demokratieschädigende Verhältnisse: BürgerInnen in und um Aschaffenburg, die mahnend der Opfer gedenken und - auch über das Stadtparlament - endlich Konsequenzen aus dem atomaren Wahnsinn fordern, oder eine Regierung, die sich in einem wahltaktischen „Moratorium“ über ihr eigenes Gesetz hinwegbewegt, anstatt neue zu schaffen, die dem mehrheitlichen Willen der Bevölkerung entsprechen? Wir werden jedenfalls unser Demonstrationsrecht weiter wahrnehmen und in Montags-Mahnwachen das Ende der mafiösen Atompolitik fordern.

Reinhard Frankl,
Attac Aschaffenburg-Miltenberg
Vorsitzender Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Aschaffenburg-Miltenberg,
Mitglied DGB-Regionsvorstand Bayerischer Untermain
Morgenweg 17
63856 Bessenbach
06095 995049